



DIE LINKE ist cool. Passend zum Motto brachten die Lichtenberger LINKEN zum Ostseefest Schnee mit und sorgten sowohl bei kleinen und großen Besuchern für Spaß. Gesine Löttsch mittendrin.

Ich sag mal ...



Mitte Juli, kurz nach dem G20-Gipfel, auf dem Merkel auch über Fluchtursachen sprach, hat die Bundesregierung (also CDU, CSU und SPD) den Export von U-Booten, Patrouillenbooten und schwerem Kriegsgerät nach Ägypten und Saudi-Arabien genehmigt. Waffen und Ausrüstung mitten hinein in ein Krisen- und Kriegsgebiet und an ein Land, das einen Krieg in Jemen führt. Deutlicher hätte Angela Merkel nicht machen können, was ihr Gipfelgerede wert ist.

Die Bundesregierung nimmt mit diesen Exporten eine Zuspitzung von Konflikten billigend in Kauf. Sie unterstützt mal den Kampf gegen den Islamischen Staat und dann wieder die Türkei, die gegen die Kurdinnen und Kurden kämpft, die wiederum den Bodenkampf gegen den IS führen. Soll der Tod wirklich ein Meister aus Deutschland bleiben, obwohl uns gerade unsere Geschichte dazu verpflichtet, dass von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen darf? Die Bundesregierung und ihre Vorgängerinnen hielten und halten diesen Grundsatz deutscher Politik für überholt und die Bundeswehr sogar für ein Instrument der Außenpolitik.

Der Weltfriedenstag ist deshalb heute dringlicher denn je. Gerade auch weil drei Wochen später Bundestagswahlen sind. Auf DIE LINKE ist diesbezüglich Verlass. Wir sagen Nein zum Krieg, zu Aufrüstung und diesen Waffenexporten. Am 1.9., am 21.9. und an jedem anderen Tag.

GESINE LÖTZSCH

GREGOR GYSI

Mehr Sicherheit

Lichtenberg verzeichnete eine Zunahme von Wohnungseinbrüchen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich vor Kriminalität zu schützen. DIE LINKE hat deshalb zu Veranstaltungen gemeinsam mit der Polizei in Lichtenberg eingeladen. Doch die Angst vor Verbrechen und Gewalt bleibt. Bundesweit gibt es einen Wettlauf von CDU und SPD um mehr Sicherheit. Sie übertreffen sich mit ständig neuen Forderungen. Sie wollen die Sicherheitsgesetze verschärfen, demokratische Rechte abbauen und den Geheimdiensten noch mehr Befugnisse übertragen, um die Bürger noch umfassender überwachen zu können.

Führt das zu mehr Sicherheit? Die Erfahrungen zeigen, dass mehr Geld für die Geheimdienste nicht zu mehr Sicherheit geführt hat. Stattdessen entstehen bürokratische Monster, die sich in erster Linie um sich selbst kümmern. Immer mehr Menschen glauben nicht mehr, dass der Staat ihre Sicherheit garantieren kann. In den vergangenen Jahren wurden immer mehr Waffenscheine beantragt. Ist die Selbstbewaffnung eine Lösung? In den USA gibt es 300 Millionen private Schusswaffen. Die Tötungsrate ist im Vergleich mit anderen wohlhabenden Ländern siebenmal höher. Es gibt in jedem Jahr

in den USA ca. 30.000 Menschen, die durch Schusswaffen getötet werden. Waffen sind also auch keine Lösung. Wie kommen wir zu mehr Sicherheit? In mehr als 35 wissenschaftlichen Studien, die weltweit durchgeführt wurden, konnte man den eindeutigen Zusammenhang von Einkommensungleichheit und Gewaltverbrechen nachweisen. Es wurde auch festgestellt, dass in Wohnvierteln, in denen sich Anwohner für das Gemeinwohl engagieren, die Rate der Gewalttaten geringer ausfällt. Fazit: Mehr Sicherheit gibt es nur durch mehr Gerechtigkeit und mehr Solidarität.

GESINE LÖTZSCH

Unermülich:

Interview mit Irmela Mensah-Schramm, die Hass-Parolen entfernt.



03

Ungerecht:

Gestandene DDR-Pädagogen verdienen weniger als junge Kollegen.



04

Unterwegs:

LINKE Verkehrspolitik in Hohen-schönhausen.



05

Untersucht:

Ausschuss untersucht Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz.



07

KURZ GEMELDET

KIEZAUFGABEN INSPIZIERT

2019 sollte die Sanierung der Blutmauer im Rathauspark, die der dort im März 1919 ermordeten Novemberrevolutionäre gedenkt, abgeschlossen sein. Das ist nur eins der Aufgabefelder, die beim jüngsten Kiezspaziergang des Bezirksbürgermeisters Michael Grunst im Gebiet Frankfurter Allee-Nord inspiziert worden sind. Auch die noch im Herbst unter öffentlicher Beteiligung abzuschließenden Aufwertungsmaßnahmen für den Roedeliusplatz als sozialem Stadtquartiersplatz könnten ab 2018 umgesetzt werden. Dagegen wird sich der Bezirk am Umbau des ehemaligen MfS-Geländes zum modernen Stadtquartier überheben, da keine Unterstützung vom Senat zu erwarten ist.



Zieleinlauf beim Gartenlauf 2016.

25. FRIEDRICHSFELDER GARTENLAUF

Noch mal richtig krachen lassen, werden es die Mitglieder der Laufgruppe des SC Borussia Friedrichsfelde 1920 am 3. September beim 25. Friedrichsfelder Gartenlauf in der Märkischen Aue. Es soll das nunmehr letzte „Läufervolksfest im Grünen“ werden, das über Berlin hinaus berühmt ist und zu dem jährlich rund 300 Läuferinnen und Läufer anreisen.

WOHNUNGEN STATT A100

Statt der A100 könnten in Lichtenberg tausende Wohnungen gebaut werden. Dieser Vorschlag kommt von Dr. Tim Lehmann, Architekt und Stadtplaner, und der Stadtsoziologin Kerstin Stark vom Institut für urbane Mobilität. Der über 7 km lange Streifen der Verlängerung der Stadtautobahn A100 böte 53 Hektar besten Baulandes in attraktiver Lage für bis zu 22.000 Menschen. Würden ein Viertel der Wohnungen im gehobenen Segment angeboten, könnte der „Rest“ für nur rund sechs Euro kalt als sozialer Wohnungsbau vermietet werden. JOACHIM PAMPEL

Schulneubau hat Priorität

Das Bezirksamt hat am 11. Juli den Haushaltsplanentwurf 2018/19 beschlossen und am 13. Juli der BVV zur 1. Lesung vorgelegt. Info links fragt Lichtenbergs Bürgermeister Michael Grunst nach seinen politischen Schwerpunkten:

■ **Michael, auf welche Schwerpunkte hat sich das Bezirksamt bei der Haushaltsplanaufstellung verständigt?**

Wir wollen ein kinder- und familienfreundlicher Bezirk sein. Eine gute Nachbarschaft entwickeln und die soziale Balance in Lichtenberg wahren. Dafür setzen wir nicht nur die erfolgreich gestarteten Maßnahmen aus dem Audit familiengerechte Kommune auch 2018/19 fort, sondern finanzieren jährlich zusätzlich die Familienförderung mit weiteren 215.000 Euro, das Netzwerk Alleinerziehende mit 200.000 Euro. Wir beteiligen uns am Neubau der Kita Neustrelitzer Straße des Kitaeigenbetriebs NordOst mit einer Summe von 1,16 Mio Euro. Wir modernisieren die Ausstattung in den Jugendfreizeiteinrichtungen, geben zusätzlich 500.000 Euro für Spielplatzsanierungen aus. In der Neubrandenburger Straße werden wir eine neue Sprühplansche für die Kinder bauen.

■ **Und das schafft Ihr trotz Personalabbau?**

Eine unserer ersten Entscheidungen im Bezirksamt war der Stopp des Personalabbaus. Wir werden neue MitarbeiterInnen einstellen, damit wir die wachsenden Aufgaben bewältigen können. Dafür haben wir die vom Land finanzierten 93 Stellen aufgestockt, so dass insgesamt 118 zusätzliche Stellen finanziert werden. Ein Drittel davon geht übrigens in den Jugendbereich.

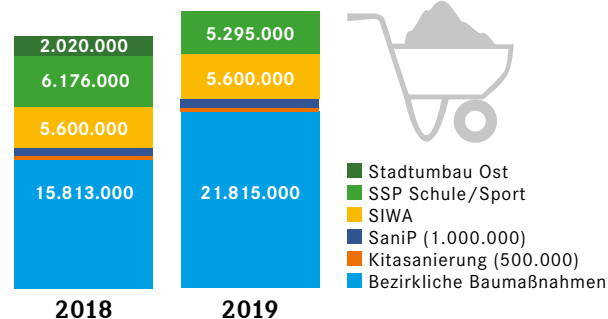
Wir können jetzt endlich auch die Kultur stärken, es wird mehr Geld für die Kulturförderung geben und wir wollen unser Museum im Stadthaus modern gestalten. Es wird wieder mehr festangestellte MusikschullehrerInnen geben. Auch für die Erteilung von Wohnberechtigungsscheinen werden wir mehr Personal einsetzen.

■ **Der Senat hat ja mit dem Abbau des Sanierungsstaus an Schulen begonnen. Welche Vorhaben hat Lichtenberg geplant?**

Schulneubau und -sanierung haben bei uns Priorität. Wir haben einiges vor und werden im Bezirk neben

Lichtenberg baut

Alle Angaben in Euro



Schulsanierungen auch dringend benötigte neue Schulen bauen, z. B. in der Wartiner Straße 1-3 eine 5-zügige Integrierte Sekundarschule. Wir beginnen 2018 mit dem Bau der Grundschulen in der Sewanstraße 43 und Konrad-Wolf-Straße 11. In den nächsten Jahren nehmen wir über 100 Millionen Euro für neue Schulen in Lichtenberg in die Hand.

■ **Wenn der Bezirk seine Vorhaben umsetzt, sind dann auch die Überschüsse der vergangenen Jahre verbraucht?**

Nein, wir wollen in den kommenden Jahren in der Lage sein, nicht nur Schulen zu sanieren. Wir haben da z. B. die Kultschule in der Sewanstraße 43 im Blick.

Ein Stadtplatz im Wandel

Früher war der Platz am Dolgensee-Center belebt, sauber und von Bänken umstanden. Die AnwohnerInnen erinnern sich gerne an ihr altes Dolgensee-Center zurück. Seit 1972 stand hier die HO-Kaufhalle mit angeschlossener Bäckerei, gab es das Café Sotschi und die Klubgaststätte Drushba. Dort wurden Jugendweihen gefeiert, konnte man kegeln, gab es Tanzabende und wurden die SchülerInnen der umliegenden Schulen gepflegt. Mit dem Kugelbrunnen und der Plastik „Junges Paar“ erhielt der Platz 1975 sein künstlerisches Markenzeichen. Im anliegenden Dienstleistungswürfel gab es Nahversorgung für den ganzen Kiez: Apotheke, Ärzte, Kosmetik, Friseur, Blumenladen, Wäscherei u. a.

Nach der Wende setzte dann ein schleichender Verfall ein. Für wenig Geld hatten zunächst die Münchener Investoren Weiß/Magura das Gelände erworben. Als sich der Plan zerschlug, das Gelände zu einem Ein-

kaufcenter zu entwickeln, verloren sie das Interesse. Während das Center auf einen neuen Käufer wartete, blieben nötige Reparaturen und Instandhaltungsmaßnahmen aus. Der Platz machte lange keinen gepflegten Eindruck. Die Betonplatten waren gebrochen, der Brunnen oft versiegt, viele AnwohnerInnen trauten sich gerade abends kaum mehr über den Platz. Im vergangenen Jahr wurde der Platz vom Königsbrunner Investor Klaus Off erworben. Dieser will nun investieren. Neben zwei Wohnhäusern mit insgesamt 680 Wohnungen soll eine Mischnutzung entstehen. Die Pläne sehen neben Kleingewerbe und einem Nahversorger einen Boulevard mit angeschlossener „Piazza“ vor. Neue Gehwege, Spiel- und Sitzbereiche sind geplant, genauso wie eine großzügige Rasenfläche.

Auch der Jugendclub Betonoase und der Kugelbrunnen werden in dem neuen Ensemble ihren Platz finden. Noch stehen aber viele Diskussionen



Der Platz am Dolgensee-Center soll neu gestaltet werden.

mit den AnwohnerInnen an. Gemeinsam mit Investor und Bezirksamt beraten sie am Runden Tisch Dolgensee-Center über den Fortgang der Planungen. Stadtplätze leben von ihren NutzerInnen. Sie mit ihren Bedürfnissen und Wünschen in die Planungen einzubeziehen, ist daher für linke Stadtpolitik ein Muss.

ANTONIO LEONHARDT

Im Einsatz mit Nagellackentferner, Schaber und Spraydose

Solidaritätspreis für Irmela Mensah-Schramm – seit 31 Jahren entfernt die pensionierte Erzieherin Nazi-Aufkleber und Hass-Parolen. In einem Restaurant in der Nähe des Lichtenberger Bahnhofs gab sie der „info links“ ein Interview. | Von KLAUS SINGER



Irmela Mensah-Schramm hat immer ihr Werkzeug dabei, um Nazi-Parolen zu beseitigen. Da kann man nur sagen: „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“

■ Warum wollten Sie, dass wir uns hier treffen?

Ich werde nach dem Interview die Siegfriedstraße ablaufen und Hass-Aufkleber beseitigen. Hier gibt es immer viel zu tun.

■ Gibt es im Osten mehr zu tun als im Westen?

Das nimmt sich überhaupt nichts. Ich habe in West-Berlin 1986 angefangen. Ich wohnte am Wannsee und sah einen Aufkleber „Freiheit für Rudolf Hess“. Da habe ich mir Schaber, Nagellackentferner und Spraydose gekauft und habe losgelegt.

■ Ihre Arbeit wurde bereits mit 11 Auszeichnungen gewürdigt. Zwei haben Sie zurückgegeben, warum?

Das „Band für Mut und Verständigung“ vom DGB Berlin-Brandenburg habe ich zurückgegeben, weil ich weder aus Berlin noch aus Brandenburg Unterstützung für meine Arbeit bekomme. Im Gegenteil, meine Arbeit wird kriminalisiert. Immer wieder bekomme ich Anzeigen wegen Sachbeschädigung, weil ich Naziparolen beseitige. Eine Berliner Staatsanwältin hat mich zu einer Geldstrafe von 1.800 Euro verurteilt, weil ich keine

Einsicht oder Reue zeige und keine Vorbildfunktion habe. Ich habe ihr daraufhin die Liste meiner 11 Auszeichnungen gezeigt.

■ Welche Reaktionen gab es auf dieses Urteil?

Ich habe sehr viele Unterstützerbriefe und Mails bekommen und nur drei Morddrohungen. Zwei Geschäftsleute aus Luxemburg schenkten mir eine Bahncard 100. So kann ich bundesweit meiner Arbeit nachgehen. Eine Teilnehmerin einer meiner Workshops startete eine Petition, die über 41.700 Menschen unterschrieben haben. Bürgermeister Müller dankte mir für mein Engagement, doch die Staatsanwaltschaft hatte Berufung eingelegt, sie fand das Urteil zu milde. Nach den vielen Protesten wurde das Strafverfahren eingestellt.

■ Wie ist das Medienecho auf Ihre Arbeit?

Journalisten aus Japan, China, Brasilien und Thailand berichteten über das Urteil. Der Regisseur Vincuzo Karuso hat über sieben Jahre einen Film über meine Arbeit gedreht. Der Film hatte vor wenigen Wochen Premiere auf einem Filmfestival in Bologna und

wird hoffentlich auch bald bei uns zu sehen sein.

■ Wer behindert Sie bei Ihrer Arbeit?

Nazis, aber auch normale Bürger und Polizisten. Wenn ich die Polizei rufe, passiert in der Regel nichts. Ich habe einem Polizisten erklärt, dass die Würde eines Menschen zu beschädigen schlimmer sei, als eine Sache zu beschädigen. Sachen kann man reparieren, die Würde nicht.

■ Haben Sie Nachahmer?

Ein Schüler aus Boitzenburg klagte über Rassismus in seiner Schule und wollte mit mir einen Workshop machen. Den haben wir auch gemacht. 120 Schüler sollten Nazi-Parolen künstlerisch so verfremden, dass daraus positive Botschaften wurden. Daraus entstanden großartige Bilder. Die Workshops haben so gut funktioniert, dass Schülergruppen sich auf den Weg machten und Nazi-Parolen in ihrer Stadt beseitigten. Leider gibt es noch zu wenige Nachahmer. Berliner Schulen haben bis jetzt nur wenig Interesse an meinen Workshops und an meiner Ausstellung gezeigt. Bundesweit waren es schon 25 Workshops in diesem Jahr.

Die Stadt Mittweida lehnte meine Ausstellung mit der Begründung ab, dass sie keine Propaganda-Show für Sachbeschädigung machen werden.

■ Welche Botschaft verbinden Sie mit Ihrer Arbeit?

Es sind drei Botschaften: Ich wende mich an den Urheber und zeige, dass ich seine Parolen nicht akzeptiere. Ich wende mich an die Gleichgültigen und fordere sie auf, ihre Gleichgültigkeit abzulegen. Und ich wende mich an die Adressaten und zeige meine Solidarität.

■ Sie werden zum Weltfriedenstag den Solidaritätspreis von Gesine Löttsch überreicht bekommen. Was haben Sie gedacht, als sie von dieser Auszeichnung hörten?

Von der LINKEN nehme ich gern den Preis. Das Preisgeld wird mir helfen, meine Arbeit fortzusetzen. Bürgermeister Müller lobt zwar mein Engagement, aber der Senat weigert sich seit zwei Jahrzehnten, mein Projekt in sein Landesprogramm aufzunehmen.

■ Weitere Informationen: www.schluss-mit-hass.de

DDR-Pädagogen gerecht behandeln

Ab August erhalten Grundschullehrer genauso viel Geld wie Studienräte am Gymnasium. Das ist nicht nur in Anbetracht des Lehrermangels in Berlin dringend notwendig und eigentlich ein Grund zur Freude. Doch die Freude ist getrübt. 1.500 Lehrer aus dem Ostteil der Stadt sind von dieser Angleichung ausgenommen. Seit 1996 werden Landesbedienstete in Berlin eigentlich gleich bezahlt. Doch jetzt sollen diese Lehrer weniger Geld bekommen als Lehrer, die in den alten

Ländern studiert haben. Es geht um Grundschullehrer, die vier Jahre an den DDR-Instituten für Lehrerbildung ausgebildet wurden – und dann als Lehrer, aber auch als Erzieher zum Einsatz kamen und nach der Wende in den Schuldienst übernommen wurden. Sie sollen von der Höherstufung des Grundschullehrergehalts ausgenommen werden. Diese Lehrer, die in der Regel über 30 Jahre Berufserfahrungen haben, sollen nun 500 Euro weniger im Monat bekommen als Kollegen,

die gerade die Universität abgeschlossen haben. Das ist ungerecht. Nach der Wende mussten DDR-Lehrer sogenannte Sternchenkurse machen. Sie wurden von der Schulaufsichtsbeamten geprüft und konnten dann in den unteren Klassenstufen unterrichten. Am Institut für Lehrerbildung konnte man auch ohne Abitur studieren. Das wird jetzt als Hinderungsgrund für eine Angleichung der Gehälter gesehen. SPD-Vertreter im Berliner Senat verwiesen dabei auf Regelungen des Bundes, die eine Gleichbehandlung der Lehrer unmöglich mache. Ich habe die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages mit einem Gutachten zu diesem Thema beauftragt. Ich wollte wissen, ob ein Bundesland eigenständig eine Angleichung von Lehrergehältern im Grundschulbereich regeln darf. Die Antwort ist ermutigend: „Mit der Föderalismusreform aus dem Jahre 2006 wurde die Gesetzgebungskompetenz für das öffentliche Dienstrecht neu geordnet ... Einem Bundesland ist es daher kompetenzrechtlich grundsätzlich möglich, eine Ausgestaltung der laubbahnrechtlichen und der besoldungsrechtlichen Vorgaben für Lehrkräfte vorzunehmen ... Für tarifbeschäftigte angestellte Lehrkräfte gelten ... die tariflichen Vorgaben. Eine gleiche Bezahlung aller Grundschullehrer kann daher nur im Rahmen dieser Vorgaben erfolgen ... Sollten solche Spielräume nicht bestehen, könnte das Bundesland im Rahmen der Tarifverhandlungen eine entsprechende Änderung des tarifvertraglichen Regelwerks anstreben.“ Kurz gesagt, es liegt allein in der Hand des Senats, die 1.500 Lehrer nicht schlechter zu behandeln als alle anderen Lehrer. GESINE LÖTZSCH



Auf Einladung von Beate und Serge Klarsfeld nahm Gesine Löttsch am Staatsakt anlässlich des 75. Jahrestages der größten Verhaftungswelle in der französischen Hauptstadt während der Besetzung durch die Hitlerfaschisten im Zweiten Weltkrieg teil. Am 16. und 17. Juli 1942 wurden im Pariser Radrennstadion Velodrome d'Hiver 13 000 Jüdinnen und Juden zusammengetrieben, darunter 4 000 Kinder. Nach qualvollen Tagen unter dem aufgeheizten Glasdach des Velodroms wurden sie in Vernichtungslager deportiert. Nur wenige überlebten.

Kurz & bündig

Gesine produziert vor der Bundestagswahl jede Woche ein Flugblatt „kurz & bündig“. Dabei greift sie aktuelle Themen auf. Bisher ging es um die mögliche Autobahnprivatisierung, die Verfassungswidrigkeit der Brennelementesteuer, um explodierende Rüstungsausgaben, um die Abschaffung des Solidaritätszuschlags und um die Bewertung des G20-Gipfels. Auf jedem Flugblatt gibt es eine Preisfrage. Wer mitmacht, kann eine Jahreskarte für den Tierpark gewinnen. Elektronisch sind die Flugblätter auf Gesines Seite www.gesine-loetzsch.de zu finden. In Papierform gibt es „kurz & bündig“ in der Geschäftsstelle, in der Alfred-Kowalke-Str. 14 und im Wahlkreisbüro, in der Zingster Straße 12.

Urlaubsgeld

Nur noch 42 Prozent der Beschäftigten bekommen Urlaubsgeld. 2013 waren es noch 47 Prozent. Ob und wie viel gezahlt wird, hängt von Unternehmen, Geschlecht, Branche und Himmelsrichtung ab. 60 Prozent der Beschäftigten, die in einem Unternehmen mit Tarifvertrag arbeiten, bekommen Urlaubsgeld. Nur 39 Prozent der Frauen können sich über eine solche Sonderzahlung freuen. Im Osten sind es nur 33 Prozent. Am weitesten ist das Urlaubsgeld mit 66 Prozent im verarbeitenden Gewerbe verbreitet. In der Metallindustrie werden im Westen 2.143 Euro und im Osten 1.901 Euro Urlaubsgeld bezahlt. Im Hotel- und Gaststättengewerbe sind es dagegen nur 240 Euro im Westen und im Osten 190 Euro. *Quelle: WSI*

CDU-General

Peter Tauber, CDU-Generalsekretär, löste eine Empörungswelle aus. Er stellte das CDU-Wahlprogramm vor und verkündete das Ziel der Vollbeschäftigung. Darauf fragte ein Bürger auf Twitter: „Heißt das jetzt 3 Minijobs für mich?“ Darauf antwortete Tauber: „Wenn Sie was Ordentliches gelernt haben, dann brauchen Sie keine drei Minijobs.“ Jeder Fünfte in unserem Land, der eine Ausbildung hat, bekommt nur einen Niedriglohn. Sachsen ist mit über 40 Prozent Spitzenreiter bei den Beschäftigten mit Ausbildung, die nur einen Niedriglohn erhalten. Das weiß Tauber offensichtlich nicht. Wie auch, bis zur Bundestagswahl war er Pressesprecher der Deutschen Vermögensberatung AG in Frankfurt am Main.

76.000

ZAHLE DES MONATS

76.000 Menschen waren Anfang Juli nach Hamburg gekommen, um gewaltfrei, engagiert und originell gegen Krieg, Ausbeutung und Umweltzerstörung zu demonstrieren. Anlass war der sogenannte G20-Gipfel, auf dem sich die 20 Staatschefs der wirtschaftsstärksten Länder der Welt trafen, um erfahrungsgemäß viel zu lächeln und wenig zu entscheiden. Unter ihnen Trump, Putin und Erdogan, die wie viele andere dieser politischen Machteleite geradezu symbolisch für eine zunehmende Militarisierung, Entdemokratisierung und Ausbeutung von Mensch und Natur stehen.

Die Gewaltausbrüche einiger Demonstranten bzw. Zaungäste sind nicht zu entschuldigen. Sieht man sich die Stimmungsmache im Nachgang des Gipfels an, kann man – wenig verwundert – feststellen, dass die Rauchschwaden von Hamburg der politischen Linken sicherlich nicht genutzt haben. Sie können aber weder verhüllen, dass dieser millionenteure Gipfel völlig ergebnislos und überflüssig war, noch dass viele Randalierer nichts aber auch gar nichts mit der politischen Linken zu tun haben.

Am Folgemontag titelte die BILD-Zeitung „Wer kennt diese G20-Verbrecher?“ und zeigt das Foto einer jungen Frau mit schwarzem Kapuzenpulli beim Plündern eines Geschäfts. Schwarzer Pulli – schwarzer Block, also linksextrem, will uns BILD weismachen. Ihr bauchfreies Top mit Bauchnabelring und die zwei Kindersektflaschen unterm Arm scheinen sie doch eher der Kinderparty- als der linksextremen Szene zuzuordnen. Doch was sind schon Fakten, wenn's um Stimmung geht? TINKO HEMPEL

KRIMISOMMER MIT DR. GESINE LÖTZSCH

■ **9.8., 18 Uhr:** Katharina Peters liest aus ihrem neuen Buch „Deichmord“

■ **30.8., 18 Uhr:** Horst Besetzky liest aus seinem neuen Buch „Teufelssee“

Die Veranstaltungen finden – je nach Wetter außerhalb der Bar – im Wasserturm, Waldowstraße 20, statt. Der Eintritt ist frei.



In der Neubrandenburger Straße soll auf Initiative der Linksfraktion eine Kinderplansche entstehen.

KOMMENTAR



Schulfrei für die Bundeswehr

Im vergangenen Jahr hat die Bundeswehr 34 Mio Euro für Personalgewinnung ausgegeben, marginal weniger als im Vorjahr. In Berlin schlug sich das in den Jahren 2015 und 2016 unter anderem in insgesamt 58 Auftritten von Jugendoffizieren in Schulen nieder. Unklar ist dabei, in wie vielen Fällen eine kontroverse Diskussion durch Einladung von militärkritischen Organisationen stattfinden konnte.



© SCHULEOHNEMILITAER.COM

Versprochen und nichts gebrochen

Mit dem Haushaltsentwurf für das kommende Jahr setzen wir linke Akzente. Schwerpunktartig werden wir Familien unterstützen, das kulturelle Angebot aufwerten und kostenlose Freizeitangebote stärken. Mit dem Zuwachs an Mitteln in diesen Bereichen setzen wir unser Wahlprogramm aus dem letzten Jahr um. Getreu dem Motto: versprochen und nichts gebrochen.

Mit dem neuen Familienbüro in der Großen-Leege-Straße ist ein erster Schritt dahin getan, Familien gezielt zu unterstützen. Familienförderung und das Netzwerk für Alleinerziehende bekommen mehr finanzielle Mittel. Dort, wo finanzielle und familiäre Unterstützung fehlen, können entsprechende Betreuungs- und Beratungsangebote weiterhelfen. Auch kostenlose Freizeitangebote werden wir ausbauen. Dazu gehört der Bau einer Kinderplansche in Hohenschönhausen. Diese könnte z. B. im Park in der Neubrandenburger Straße in Hohenschönhausen entstehen. Überhaupt ist Lichtenberg mit Planschen unterversorgt und die Hallenbäder schließen im Sommer. Hier schaffen zusätzliche Wasserspielplätze einen kleinen Ausgleich. Lichtenberg wächst und auch so der Bedarf an Kitaplätzen. Mit dem Neubau einer Kita im nächsten Jahr in der Neustrelitzer Straße sollen in dieser Region

die Kapazitäten erweitert werden. Der Haushaltsentwurf sieht ebenso vor, das Museum Lichtenberg finanziell zu stärken und mit einer Dauerausstellung neue Angebote zu schaffen. Ein entsprechender BVV-Beschluss wurde noch im Juni gefasst, denn Lichtenberg ist auch Kulturstandort. Die Digitalisierung der Schulen und deren Ausstattung mit sogenannten Smartboards soll vorangetrieben werden – Stichwort „kreidefreie Schule“. In die Haushaltsberatungen werden wir mit weiteren Vorschlägen gehen, etwa neue Kleingartenflächen zu erschließen. Kleingärten sind Oasen in der Stadt und erfüllen einen sozialen und ökologischen Zweck. Wir fühlen uns den Interessen der KleingärtnerInnen verpflichtet. Wie auch den Interessen der Menschen, die gar kein Dach über dem Kopf haben. Eine bizarre Debatte über die Instandsetzung des Daches des Obdachlosentreffs in der Weitlingstraße entbrannte dazu im Haushaltsausschuss. Nicht alle Fraktionen teilten die Ansicht, dass die Instandsetzung des Daches unterstützt werden sollte. Wir schon. Darum werden wir die Dachsanierung mit finanzieren. Wenn der Begriff „Bürgerhaushalt“ nicht schon belegt wäre, müsste der Lichtenberger Haushalt diesen Namen tragen. Es ist ein Haushalt für die BürgerInnen unseres Bezirks. NORMAN WOLF

Dies ist besonders heikel, da für die Erfüllung des schulischen Bildungsauftrags das Überwältigungsverbot des Beutelsbacher Konsenses gilt: Schüler sollen in die Lage versetzt werden, sich selbst eine Meinung zu kontroversen Themen zu bilden. Gerade die sich zunehmend in Auslandseinsätzen engagierende Bundeswehr, die eine erhebliche Aufrüstung erfahren soll, ist Gegenstand kritischer Debatten in der Zivilgesellschaft. Ihre Teilnahme etwa am Kosovo-Krieg wurde sogar vom ehemaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder als völkerrechtswidrig bezeichnet.

Das Ziel von Werbung ist allerdings nicht die kritische Diskussion, sondern gerade Überwältigung. Die tatsächlichen Risiken eines Berufes, der den Einsatz tödlicher Gewalt umfasst, bleiben hinter verharmlosenden Slogans wie „Mach, was wirklich zählt“ verborgen. DIE LINKE fordert deswegen, dass Schulveranstaltungen nicht für Bundeswehrwerbung genutzt werden dürfen. Auch die Koalitionsvereinbarung der Berliner rot-rot-grünen Koalition lässt strenggenommen für Werbung keinen Raum und verlangt ein differenziertes und kontroverses Bildungsangebot.

MICHAEL NIEDWOROK

Ärztmangel in Lichtenberg

Monatelanges Warten auf einen Facharzttermin, überfüllte Wartezimmer und die „Fünf-Minuten-Medizin“ – Wer kennt das nicht? Doch entspricht das Bauchgefühl auch der Realität? Dieser Frage sind die Bezirke Lichtenberg und Neukölln gemeinsam mit dem Evangelischen Krankenhaus Elisabeth Herzberge und dem Sana Klinikum mit einer Studie des IGES-Instituts auf den Grund gegangen. Ein Ergebnis ist, dass Lichtenberg und Neukölln in vielen Facharzttrichtungen unterdurchschnittlich versorgt sind. In unserem Bezirk gilt das insbesondere für Hausärzte, Augenärzte, Orthopäden aber auch für Psychotherapeuten. So sind in Lichtenberg nur 26,9 Therapeuten je 100.000 Einwohner ansässig, in Charlottenburg-Wilmersdorf sind es 148,5. Und das hängt sicher nicht damit zusammen, dass



die Menschen dieses Bezirks einer besonders intensiven psychotherapeutischen Betreuung bedürfen. Offensichtlicher ist ein Zusammenhang mit der Sozialstruktur und dem bestehenden kassenärztlichen System. Oft gehen Ärzte dahin, wo das Geld bzw. die Privatpatienten sind. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass die ambulante ärztliche Versorgung kein Problem von Ost und West sondern von Arm und Reich ist. Das bestehende Ungleichgewicht wird sich auch künftig weiter verschärfen: Die Lichtenberger Bevölkerung wird in den Altersgruppen 0-18 um 15 % zunehmen und die Anzahl der älteren Menschen ab 65 Jahren wird bis 2030 um 22 % ansteigen. Doch die Anzahl der Ärzte sinkt. Andere gesellschaftliche Herausforderungen wie eine älter werdende Ärzteschaft, eine Fehlsteuerung im Gesundheitssystem sowie steigende Gesundheitskosten sind bereits Gegenwart. Daher fordern wir u. a. die Wiedereinführung bezirklicher Planungsregionen und die Mitsprache der Bezirke für eine ambulante medizinische Nahversorgung.

KATRIN FRAMKE

Nächste Runde im Malchower Weg

Der Malchower wird nicht zur Tempo-30-Zone. Vorerst nicht. Mit den Stimmen von LINKEN, SPD und Grünen beschloss der Ausschuss Öffentliche Ordnung, Verkehr und Bürgerdienste im Juni, die „Vorlage zur Kenntnisnahme“ des Bezirksamts zur „Verkehrsberuhigung im Malchower Weg“ abzulehnen. Was war passiert? In der ursprünglichen Drucksache hatte die BVV das Bezirksamt, wieder einmal, aufgefordert, sich beim Land Berlin für eine Tempo-30-Zone im Malchower Weg einzusetzen. Dies sollte die Lärmbelästigung reduzieren sowie Unfälle mit Radfahrern vermeiden, die sich die enge Fahrbahn mit den Autos teilen müssen.

Der zuständige Stadtrat Wilfried Nünthel (CDU) lehnte ein erneutes Tätigwerden der Bezirksverwaltung mit der Begründung ab, er glaube nicht an einen Sinneswandel der zuständigen Stellen. Diese hatten in der Vergangenheit wiederholt ähnlich lautende Anträge der BVV abgelehnt. Zur Begründung wurde auch auf die geringe Zahl von Unfällen im Malchower Weg verwiesen. Unabhängig davon, wie aussagekräftig die Zahlen tatsächlich sind – für uns ist nicht nur die Zahl der Unfälle entscheidend. Wir sehen es als Aufgabe des Bezirks, die LichtenbergerInnen zum Umstieg



DIE LINKE setzt sich für Verkehrsberuhigung im Malchower Weg ein.

auf das ökologische Verkehrsmittel Rad zu ermutigen. Soll dies gelingen, muss durch bauliche Veränderungen und eine Anpassung der Richtgeschwindigkeit auch dem Sicherheitsgefühl der RadfahrerInnen Rechnung getragen werden. Wir sehen die Chancen für eine Neubewertung der Lage durch den Senat positiv. Die neue rot-rot-grüne Koalition hat sich der fahrradfreundlichen Metropole verpflichtet. Wir erwarten nun, dass dem auch die Verkehrsverwaltung folgt. Eine Ausrede für Untätigkeit

des Bezirks darf die Starrköpfigkeit der Verkehrslenkung Berlin jedenfalls nicht sein.

Die LINKE setzt sich seit nunmehr zwei Jahrzehnten, der Verfasser war kaum geboren, für eine Verkehrsberuhigung des Gebiets ein. Wir wollen mit dem neuen Senat im Rücken nun einen erneuten Anlauf starten. Ein Erfolg hier könnte der Startschuss sein, auch über andere Verkehrsveränderungen in Hohenschönhausen nachzudenken. ANTONIO LEONHARDT

Diskussionsbedarf: Kleingärten in Lichtenberg



Die Kleingartenanlage am Aussenring feierte im Juli ihr 35-jähriges Bestehen. DIE LINKE will die Sicherung der Kleingärten vorantreiben.

Schon vor längerer Zeit habe ich versucht, etwas zur Situation der Kleingärten in Lichtenberg aufzuschreiben. Damals gab es einen aktuellen Anlass: den Verkauf von Kleingärten durch die Deutsche Bahn AG an Immobilienspekulanten, die aus dem Woh-

nungsbauzwang des Landes Berlin Kapital schlagen wollten. Die BVV hat auf unsere Initiative hin das Bezirksamt aufgefordert, über die Aufstel-

lung von Bebauungsplänen insbesondere Kleingartenanlagen auf diesen Flächen zu sichern. Dem kommt das Amt seitdem nur sehr zögerlich – eigentlich gar nicht – nach. Meine kleine Anfrage ergab: Das Amt will nicht wirklich und wird nur auf Druck der BVV aktiv. Inzwischen verkauft die Bahn weiter Flächen.

Ein aus unserem Antrag resultierender Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplans legte ein weiteres Problem offen: Wir haben in Lichtenberg „alte“ Kleingartenanlagen, welche die Forderungen des Bundeskleingartengesetzes nicht erfüllen. Über den Umgang damit gibt es kontroverse Diskussionen. Weitgehend Einigkeit besteht: Das Gesetz muss reformiert oder abgeschafft und ersetzt werden. Dies ist jedoch eine Angelegenheit des Bundestags. Es gibt also Diskussions- und Handlungsbedarf auf mehreren Ebenen. Tun wir es gemeinsam. PETER FISCHER

Wunderschöne Natur in Alt-Hohenschönhausen

Der Juni-Kiezspaziergang fand zeitgleich mit dem „Langen Tag der Stadt-Natur“ statt. Zusammen mit der Stiftung Naturschutz Berlin sowie dem Förderverein Obersee & Orankesee e. V. konnten Interessierte diesmal am Eingang zum Strandbad starten. Zunächst gilt ein herzliches Dankeschön unserem Bürgermeister Michael Grunst. Kurzfristig und spontan übernahm er für alle Teilnehmer*innen den Beitrag, welcher durch die Stiftung erhoben wurde.

Der eiszeitliche Orankesee bietet mit seiner guten Wasserqualität nicht nur vielen Fischen eine Heimat, sondern zieht auch jeden Sommer zahlreiche Badegäste an. Die tiefste Stelle im Orankesee beträgt 12 Meter. Er ist natürlich entstanden und sehr sauber. Dank des Bezirksamtes wurden der See entschlammt und die Deiche neu gestaltet, unter Erhalt des natürlichen Uferbereichs. Weiter ging es entlang der von Linden gesäumten Uferpromenade bis zum Obersee, der

erst 1895 als Wasserspeicher für die nahe gelegene Brauerei entstanden ist. Wir erfuhren von Jörg Ritter vom Förderverein sowie einer Mitarbeiterin des Umweltamtes Spannendes zur Seesanierung und der Wasserqualität. Erfreulich: Das Wirtshaus am Orankesee ist wieder geöffnet. Griechische und deutsche Küche sowie der Biergarten erfreuen nicht nur beim Wochenendspaziergang. Auch Familienfeiern sind willkommen. Schön finde ich, dass der Obersee vollständig umwandert werden kann. Leider am Nordufer nicht barrierefrei, dies lässt der schmale Weg zwischen See und Grundstücken nicht zu. Vorbei am Wasserturm und dem Mies-van-der-Rohe-Haus endete der Kiezspaziergang an der Skulptur ELEGIE. Im Rahmen der Internationalen Gartenausstellung Marzahn können in jedem Bezirk ausgewählte Grüne Orte erkundet werden. Die Seen gehören dazu. Das traditionelle Seefest startet am 2. September. KERSTIN ZIMMER



Die Skulptur „ELEGIE“ wurde 2015 vom Förderverein Obersee & Orankesee gespendet.

Kiez-Tag der Fraktion

An einem sonnigen Freitag im Juni besuchten Mitglieder unserer Fraktion den Abenteuerspielplatz Ahrensfelder Chaussee gleich gegenüber dem Barnim-Gymnasium, nur 5 Minuten Fußweg von der Flüchtlingsunterkunft im Hausvaterweg. Das Gelände gehört zum Nachbarbezirk, wird aber auch von Lichtenberger Kindern und Jugendlichen genutzt. Da der Spielplatz von Marzahn-Hellersdorf betrieben wird, ist leider niemand vor Ort, um Kontakt zur Unterkunft im Hausvaterweg zu halten. Das Gelände bietet sich hervorragend für Projekte an. Hier wollen wir zum Bezirksamt Lichtenberg vermitteln. Gerade für geflüchtete Frauen ist der Aufenthalt in dieser Natur etwas Wunderbares, vor allem aufgrund der beengten Verhältnisse in der Unterkunft. Es soll Gesprächskreise und kleine gemeinsam zu pflegende Hochbeete geben – zusammen mit der angestammten Bevölkerung. So fördern wir gegenseitiges Verständnis für unsere Kulturen und unsere Ge-



Nach zwei wunderschönen Stunden: Christa Bertag (Cafe International), Prof. Jürgen Hofmann, Mathias Bielor von der Spielplatzinitiative Marzahn e. V., Kerstin Zimmer und Daniela Fuchs.

sellschaft. Als Dankeschön für unseren Besuch und weil wir so wunderbar mit frisch gebackenem Aprikosenkuchen und Kartoffelpuffern mit selbstgemachten Kräuter- und Blütenquark bewirtet wurden, überreichten wir ein Buch über unseren Bezirk von Prof. Jürgen Hofmann und eine Spende von 50 Euro. KERSTIN ZIMMER

Jahresempfang der LINKEN



Zum traditionellen Jahresempfang hatte die Fraktion der LINKEN der BVV am 11. Juli ins Nachbarschaftshaus des Vereins für ambulante Versorgung e.V. eingeladen. Für Unterhaltung sorgten an dem Nachmittag Jessy James La Fleur mit Poetry Slam sowie die kubanische Band Pichy mit Salsa-Rhythmen. Um das leibliche Wohl kümmerten sich Abiturienten der Gemeinschaftsschule „Grüner Campus Malchow“, die ein Buffet vorbereitet hatten. Wolfgang Kulesa, Leiter des Sozialkaufhauses in der Sewanstraße, wurde beim Jahresempfang mit dem LiLiKo, dem Linken Lichtenberger Kommunalpreis ausgezeichnet.



Visionen zwischen Realität und Phantasie

Saskia Wenzel



Saskia Wenzel vor ihrem mit Gouache gemaltem Bild „Der gelbe Hund“.

© ANIKA TASCHKE

Politik ist oft nüchtern und pragmatisch. Etwas Phantasie kann helfen, Visionen zu entwickeln, um neue Wege zu beschreiten. Künstler haben dafür oft ein besonderes Gespür. Die Linksfraktion in der BVV Lichtenberg hat seit den letzten Kommunalwahlen im Herbst 2016 eine Künstlerin in ihren Reihen, Saskia Wenzel. Sie wurde 1965 in Lutherstadt Wittenberg geboren und entstammt einer großen Künstlerfamilie. Der Vater Karlheinz Wenzel ist Maler und hat Saskias Begabung schon als Kind erkannt und gefördert. Die Cousine Claudia Wenzel ist Schauspielerin, ihr Cousin ist der Liedermacher Hans-Eckardt Wenzel. Ab dem sechsten Lebensjahr war Saskia klar, dass es für sie nur den Beruf einer Malerin geben kann. An diesem Ziel hielt sie hartnäckig fest. Eine weitere Leidenschaft gehört der Literatur. Zu ihren Liebblingsschriftstellern zählt Hans Fallada. Eines ihrer Bilder widmete sie später dem Roman „Kleiner Mann - was nun?“ Aus der Kindheit blieben Erinnerungen an die Künstlerkollegen des Vaters, an eine gewisse DDR-kritische Sicht und Versuche dem sozialistischen Realismus in der Kunst entgegen zu steuern.

Mit 17 Jahren ging Saskia Wenzel nach Berlin und schloss eine Lehre als Facharbeiterin in der polygraphi-

schen Industrie ab. Es folgte ein Teilabitur an der Volkshochschule und dann ein Abendstudium an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee. Dort begann sie 1987 zu studieren. Die politische Wende, der die Wiedervereinigung folgte, erlebte sie mitten im Studium. Ihre Ausbildung konnte sie 1992 erfolgreich mit sehr gutem Ergebnis abschließen, doch die Marktwirtschaft sollte die Künstlerin schnell zu spüren bekommen. Ihre Diplomarbeit, eine Ausstellung aus Grafiken und Zeichnungen konnte sie zwar zeigen, doch Galerien wollen verkaufen. Kunst wurde zur Ware. Obwohl für Saskia die Lebenssituation immer prekärer wurde, blieb ihr der Stolz auf ihre Begabung und ihren Beruf. Vom Arbeitsamt kamen keine entsprechenden Angebote. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen hielten sie über Wasser. Saskia arbeitete jahrelang in der Werkstatt eines Mädchenzentrums in Marzahn. Die Lust am Malen ist dennoch ungebrochen. Sie wohnt heute mit ihrem zwölfjährigen Sohn Jonathan in der Nähe der Krugwiesen in Hohenschönhausen und ist mit ihrem Fahrrad viel in der Natur unterwegs, die sie immer wieder zu neuen Werken inspiriert.

Ihre aktuelle Ausstellung im Wahlkreisbüro von Gesine Löttsch in der

Zingster Straße 12 ist ein Spiel mit Farben und Themen, die auch politische Aussagen einschließen. Dazu zählt das Bild „Der Froschkönig“ von 1992, eine ironisch spöttische Anspielung auf den schwierigen Vereinigungsprozess. Besonders die drohende Gefahr des Neonazismus und Rechtsextremismus treibt Saskia um. Gleichzeitig fühlt sie heute eine Unsicherheit in der Gesellschaft, die sie stark an die Wendejahre erinnert. Ihre Sympathie gehört der LINKEN, die in ihrem aktuellen Wahlprogramm eine vielfältige, partizipative und allen zugängliche Kultur fordert. Sie möchte sich zukünftig stärker politisch engagieren. Deshalb hat sie auch für die BVV kandidiert und will ihre Erfahrungen als kulturpolitische Sprecherin einbringen. Saskia Wenzel wirkt seit vielen Jahren an der Jugendkunstschule in Hohenschönhausen. Dort leitet sie Malkurse für Kinder und Workshops für Erwachsene. Seit 2009 ist sie Vorstandsvorsitzende des Vereins ALBUS e.V., der als Träger dieser Einrichtung fungiert. Es war ein hartes Stück Arbeit, die Jugendkunstschule am Standort zu erhalten und zudem dort eine Kunst-Kita zu eröffnen. Es ist eine glückliche Symbiose geworden, von der beide Seiten profitieren. DANIELA FUCHS

WANN UND WO

- **4. September 2017, 19 Uhr**
Fraktionsversammlung, Ratssaal
im Rathaus Lichtenberg

Kulturtipp

DER ZOO DER ANDEREN

Als die Stasi ihr Herz für Brillenbären entdeckte & Helmut Schmidt mit Pandas nachrüstete

Jan Mohnhaupt

Geschichte kann lebendig und höchst unterhaltsam sein. Schauplätze sind der Zoo im Westen und der Tierpark im Osten Berlins. Hinzu kommen ihre langjährigen Direktoren Heinz-Georg Klös und Heinrich Dathe, die vom Wesen her ähnlich waren, aber sich dennoch in herzlicher Abneigung verbunden fühlten. Die beliebten Freizeiteinrichtungen, denen sie vorstanden waren Statussymbole zweier Gesellschaftssysteme. Heute geht es vor allem um Öko-Systeme, um die Darstellung der Tiere als Stellvertreter ihrer Artgenossen in der freien Wildbahn. Mohnhaupt hat akribisch recherchiert und viele lesenswerte, auch amüsante Geschichten über Tiere, zwielichtige Tierfänger, Politiker, die in Tieren ein imageförderndes Potential erkannten, und begeisterte Besucher zusammengetragen.

Eines ist klar: Zu Berlin gehören Tierpark und Zoo. DANIELA FUCHS

- Carl Hanser Verlag München
2017

IMPRESSUM



Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg
V.i.S.d.P. Norman Wolf

Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

E-Mail: fraktion@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.linksfraktion-lichtenberg.de

Telefon: (030) 90 296 31 20

Fax: (030) 55 92 307

Redaktionsschluss:

26. Juli 2017

Gestaltung: Uta Tietze

Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH

Zuckertütenfest 2017 im Nachbarschaftshaus



Zuckertütenfest 2017: kleines Spielparadies für Einschulungskinder

Der lauschige Garten des Nachbarschaftshauses im Ostseeviertel war an diesem sonnigen Tag in ein kleines Kinderspielparadies verwandelt. Lern- und Kreativspiele, Malen, Basteln, Hüpfburg, Trampolin, Seifenblasen, Schminken, Tretautos und Dosenstelen, obendrauf gab es witzige Ballonkunst des Clowns Andy, zwei Märchenstunden und ein kostenloses Mittagessen – all das bot das diesjährige Zuckertütenfest am 21. Juni, zu dem ich die Einschulungskinder aus allen Kitas in meinem Wahlkreis eingeladen habe.

Zum ersten Mal habe ich das Kinderfest als Gastgeberin eröffnet. Nach einer kurzen Begrüßung konnten sich die ungeduldigen kleinen BesucherInnen nach Kinderherzenslust und -laune mitten in das bunte Lern- und Unterhaltungsprogramm stürzen. Zusammengestellt und realisiert hat es mein Wahlkreisbüro in Zusammenarbeit mit dem Nachbarschaftshaus und dem Bildungsverein existere e.V. sowie mit freundlicher Unterstützung des Teams von Dr. Gesine Löttsch, unserer Bundestagsabgeordneten und Schirmfrau meiner Veranstaltung.



Ines Schmidt hatte 170 Schulanfänger zum Fest eingeladen.

Gemeinsam haben wir dafür gesorgt, dass etwa 170 Kinder auf diese vergnügliche, abwechslungsreiche und zugleich pädagogisch wertvolle Weise den Abschluss ihrer Kindergartenzeit feiern konnten, bevor sie mit der Einschulung im Herbst in eine neue Lebensphase treten. Auch ich habe den Kleinen Märchen vorgelesen und konnte förmlich zusehen, wie die irischen Feengeschichten einen neugierig-freudigen Glanz in die Kindergesichter zauberten.

INES SCHMIDT

Unterwegs sein und gut ankommen – LINKE Verkehrspolitik in Stadt und Bezirk

Während sich am 29. Juni draußen die stärksten Regenfälle der letzten 100 Jahre auf Berlin ergossen, fand in den gemütlichen Räumlichkeiten des Wartenberger Hofes in der Woldegker

Straße eine Diskussion über LINKE Verkehrspolitik in der Stadt, im Bezirk und speziell hier in Hohenschönhausen statt.

Nach den kurzen Impulsvorträgen von Rainer Paul, dem Bezirksmanager der BVG, und meinem Fraktionskollegen Harald Wolf, unserem verkehrspolitischen Sprecher im Abgeordnetenhaus, entwickelte sich in einem kompakten Kreis von Gästen unter meiner Moderation ein angeregtes, aber durchweg sachliches und konstruktives Gespräch. Um aus einer Vielzahl der angesprochenen Themen nur die wichtigsten herauszugreifen: hochinnovative digitale Pilotprojekte der BVG, Details zum geplanten Fahrradgesetz, Sorgen um die Verkürzung der S75, Ausbau der Straßenbahn und Gestaltung der Fahrpreise im ÖPNV. Immer wieder wurde deutlich: Weder Berlin noch Hohenschönhausen

werden von heute auf morgen völlig umgekrempelt, aber nach Jahren des verkehrspolitischen Stillstands werden nun unter dem rot-rot-grünen Senat viele sinnvolle und wegweisende Projekte auf den Weg gebracht.

In einer Schlussrunde erhielt unser dritter Gast, Kerstin Zimmer, die Ko-Vorsitzende der Fraktion der LINKEN in der Bezirksverordnetenversammlung, Gelegenheit, die Handlungsspielräume der BVV in der kommunalen Verkehrspolitik zu erläutern. Diese sind leider eher bescheiden, doch auch auf dieser Ebene können wir als LINKE zumindest wichtige Anregungen und Signale geben. Diese inhaltlich rundum gelungene Veranstaltung bildet den Auftakt zu einer Reihe mit dem Titel „Politik mit Klarblick“. Sie werden also nicht lange auf eine Fortsetzung warten müssen.

INES SCHMIDT

Unterschriftenaktion für Milieuschutz im Weitlingkiez gestartet

1.000 Unterschriften werden für den Einwohnerantrag Milieuschutz im Weitlingkiez benötigt. Aus Sicht der Bürgerinitiative „Milieuschutz im Weitlingkiez“ gibt es mehr als ausreichend Indizien dafür, dass auch für diesen Berliner Kiez eine so genannte Soziale Erhaltungsverordnung verabschiedet werden sollte. Und zwar rechtzeitig, bevor die Veränderung der Bevölkerungsstruktur rund um die Weitlingstraße den Stand erreicht hat, der für den Kaskelkiez schon eindeutig belegt ist: In der Victoriastadt ist eine Verdrängung bestimmter sozialer und Altersgruppen bereits so weit fortgeschritten, dass der jetzt beschlossene Milieuschutz gefühlt um Jahre zu spät kommt.

Die Bürgerinitiative sammelt Unterschriften für einen Einwohnerantrag an das Bezirksamt. Wenn mindestens 1.000 LichtenbergerInnen unterschreiben, muss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) den Antrag behandeln und das Bezirksamt entsprechend beauftragen.



Auch im Weitlingkiez steigen die Mieten.

Grünes Licht gibt es vom Senat, der vor dem Hintergrund der Entwicklungen auf dem Immobilien- und Wohnungsmarkt die Zielstellung hat, die Bezirke dabei zu unterstützen, die Anwendung des sozialen Erhaltungsrechts in Berlin auszuweiten und die zur Verfügung stehenden Instrumente wie das Vorkaufsrecht offensiv zu nutzen.

Die Unterschriftenlisten gibt es in der LINKEN-Geschäftsstelle in der Alfred-Kowalke-Straße 14, im Stadtteilzentrum in der Kultschule, Sewanstraße 43, sowie in der Freiwilligenagentur „oskar“ in der Weitlingstraße 89. Gleichzeitig können auch dort die ausgefüllten Listen abgegeben werden.

HENDRIKJE KLEIN



Sachlich, visionär und konstruktiv diskutiert DIE LINKE ihre Verkehrspolitik.

Sichere Renten – ab 65

Auf diesem Platz stellt die info links fortlaufend Themen aus dem Wahlprogramm der LINKEN vor. Dieses Mal steht das Thema Rente im Mittelpunkt.

■ Renteneintrittsalter

Die Rente erst ab 67 Jahren wollen wir abschaffen. Wir fordern abschlagsfreie Renten ab 65 Jahren. Wenn Menschen mindestens 40 Jahre gearbeitet haben, sollen sie bereits ab 60 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.

■ Rentenniveau

Wir wollen das Rentenniveau von 47,7% schrittweise wieder auf 53% anheben. Dadurch steigen sämtliche Renten automatisch an. Daneben wollen wir die Rente nach Mindestentgeltpunkten für Geringverdiener entfristen. Mit diesem Bestandteil werden niedrige Verdienste aufgewertet und führen damit zu einer höheren Rente.

■ Angleichung der Ost- an die West-Rente

Wir fordern eine sofortige Angleichung der Ost-Renten an das Westniveau, ohne zukünftige Rentnerinnen und Rentner zu benachteiligen.

■ Mindestrente

Wer Anspruch auf eine Rente aus der Gesetzlichen Rentenversicherung hat, soll nicht von Altersarmut bedroht sein. Das heißt: Sofern kein großes

Vermögen und keine weiteren Einkünfte vorhanden sind, wird die gesetzliche Rente mit Steuermitteln bis zur Höhe von 1.050 Euro aufgestockt.

■ Erwerbstätigenversicherung

Alle Erwerbstätigen zahlen entsprechend ihrem Einkommen in die gesetzliche Rentenversicherung ein. Die Beitragsbemessungsgrenze wollen wir anheben und mittelfristig abschaffen.

■ Riester-Rente

Die Förderung der Riester-Rente wollen wir auslaufen lassen und die damit frei werdenden Beiträge in die Gesetzliche Rentenversicherung fließen lassen (jährlich etwa drei Milliarden Euro).

■ Paritätische Finanzierung

Von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wird erwartet, dass sie zusätzlich zur gesetzlichen Rente noch vier Prozent ihres Lohns in die private Vorsorge stecken, die Arbeitgeber sind hier außen vor. Wir wollen die paritätische Finanzierung der Rente wieder herstellen.

■ Mütterrente

Für jedes Kind wollen wir drei Entgeltpunkte. Das sind 90 Euro, die als Mütterrente auf dem Rentenkonto gutgeschrieben werden. Egal, ob ein Kind 1960 oder 2010, in Ost oder West geboren wurde. KLAUS SINGER

Altersarmut nimmt zu

■ Altersarmut

Jeder fünfte 67-Jährige wird 2036 von Altersarmut bedroht sein. Das Armutsrisiko der Neurentner steigt von derzeit bundesweit 16,2 Prozent auf 20,2 Prozent. Allein zwischen 2002 und 2014 wuchs das Armutsrisiko der Altersgruppe 65 bis 75 Jahre in Ostdeutschland von sieben auf 15 Prozent. Das ist mehr als eine Verdopplung. Ursachen für drohende Altersarmut gibt es viele: Teilzeitarbeit oder ein später Einstieg ins Berufsleben zählen etwa dazu. Befristete Verträge, Ich-AGs und Rentenreform der vergangenen Jahre befördern dies ebenfalls. Alleinstehende Frauen, Menschen ohne Berufsausbildung und Langzeitarbeitslose sind von Altersarmut am stärksten betroffen.

■ Grundsicherung

Mehr Neurentner werden auf Sozialhilfe angewiesen sein. Auch wenn aktuell noch deutlich weniger Ältere Grundsicherung beziehen, als Menschen im Arbeitsalter Hartz IV erhalten. Die Grundsicherungsquote wird für 67-Jährige von derzeit 5,4 Prozent auf 7 Prozent im Jahr 2036 ansteigen.

■ DAX-Rentner

Während die Arbeitnehmer erst mit 67 in den Ruhestand gehen sollen, beginnen die Rentenzahlungen für die Vorstände der großen DAX-Konzerne häufig schon mit 60 Jahren. Für die Hälfte aller DAX-Vorstände beginnt vertragsgemäß die Rentenzahlung bereits mit der Vollendung des 60. Lebensjahres.

■ Schweiz

Alle Einwohner der Schweiz sind pflichtversichert, auch Beamte, Studenten und Hausfrauen.

Knapp neun Prozent des Verdienstes gehen an die Rentenversicherung (AHV). Arbeitgeber und Arbeitnehmer teilen sich die Beiträge. Anders als in Deutschland gibt es keine Obergrenze. Wer Millionen verdient, zahlt einiges ein. Ausgezahlt aber werden aus der AHV - umgerechnet - höchstens 2.140 Euro im Monat, der Mindestbeitrag ist 1.070 Euro.

Wer seinen minimalen Lebensbedarf mit der Altersrente nicht decken kann, hat Anspruch auf Ergänzungsleistung.

KLAUS SINGER

Weltfriedenstag feiern!

Mit: Gregor Gysi, Gesine Löttsch, Petra Pau, Tino Eisbrenner & Band, Mensah-Schramm, Jessy James la Fleur, Vierer Jatz Bande.

Sonntag, 3. September 2017, 16 Uhr
Anton-Saefkow-Platz, 10369 Berlin

Kinderfest, Bratwürste vom Grill, Diskussionen, Info-Material, Tombola

DIE LINKE.



Untersuchungsausschuss Breitscheidplatz: Schonungslos aufklären lautet die Devise



MIT RAT & TAT

Sieben Monate nach dem Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz hat am 14. Juli der Untersuchungsausschuss des Abgeordnetenhauses seine Arbeit aufgenommen. Für DIE LINKE werden Hakan Tas und Niklas Schrader sowie Anne Helm und ich als stellvertretende Mitglieder in den nächsten zwei bis drei Jahren alles daransetzen, sowohl den Terroranschlag selbst als auch das Behördenhandeln, einschließlich der bekannt gewordenen Vertuschungsversuche im Landeskriminalamt (LKA), schonungslos aufzuklären. Das sind wir nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch den Opfern und Hinterbliebenen des Anschlages schuldig.

Der Untersuchungsauftrag des Ausschusses umfasst neun Seiten und 95 Einzelfragen.

Im Kern geht es um drei zentrale Fragen:

1. Hätte der den Behörden bekannte Anis Amri frühzeitig in Haft genommen und damit der Anschlag verhindert werden können?
2. Warum wurden von wem im LKA Akten manipuliert?
3. Welche Abstimmungsprobleme gab es sowohl zwischen den Berliner Behörden als auch zwischen den Berliner Behörden und den Bundesbehörden sowie den Behörden von NRW und Baden-Württemberg?

Dazu werden wir nach derzeitigem Stand 25.000 Akten zu sichten und viele Zeugen zu befragen haben. Aus der Aufklärung und Beantwortung dieser Fragen müssen dann Schlussfol-

gerungen gezogen und diese politisch umgesetzt werden.

Bereits aus dem Zwischenbericht des vom SPD/LINKE/Grüne-Senat eingesetzten Sonderermittlers Bruno Jost wird deutlich, dass es einen Reformbedarf beim LKA geben wird. Am 18.8.2016 erhielt das LKA von der Generalstaatsanwaltschaft (GStA) den Auftrag, gegen Anis Amri wegen dessen Betäubungsmittelhandels Strafanzeige zu stellen, mit dem Ziel, ihn so lange zu inhaftieren, bis er nach Tunesien abgeschoben werden kann.

Erst am 19.1.2017, also nach Amris Tod, ging bei der GStA die inzwischen manipulierte Strafanzeige ein. Das war ein katastrophales Versagen des LKA und darf nicht folgenlos bleiben.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG, MdA

TERMINE

- **17.8., 16.30 Uhr**
„Bürger fragen – Politiker antworten“ mit Dr. Gesine Löttsch, MdB, Castello, Landsberger Allee 171
- **19.8., 18.30 Uhr**
„Rock in der Laube“ - mit Dr. Gesine Löttsch MdB und Direktkandidatin für den Bundestagswahlkreis Lichtenberg, „Die Laube“, Hohenschönh. Straße 80
- **21.8., 16 Uhr**
Kaffeetafel mit Gesine Löttsch, Mitglied des Bundestages (MdB) in Neu-Hohenschönhausen, Wiese vor der Kirche Wartenberg
- **22.8., 16 Uhr**
Kaffeetafel mit Gesine Löttsch, Alt-Hohenschönhausen; Große-Lege-Straße 20
- **23.8., 18.30 Uhr**
Diskussionsveranstaltung: „Als SED und SPD an der Trennlinie der Systeme der politischen Vernunft und Verantwortung eine Chance gaben. ...“ mit Prof. Dr. Rolf Reißig, gemeinsam mit Prof. Dr. Thomas Meyer (SPD-Grundwertekommission), Autor des Papiers, Nachbarschaftshaus Ribnitzer Straße 1b
- **24.8., 16 Uhr**
Kaffeetafel mit Gesine Löttsch, Fennpfuhl, Vogelbrunnen vor dem Center Castello, Judith-Auer-Str. 8
- **24.8., 18 Uhr**
Lesung aus dem Buch „Immer schön auf Augenhöhe“ von und mit Dr. Gesine Löttsch, Kiezspinnne, Schulze Boysen Str.38
- **29.8., 16 Uhr**
Kaffeetafel mit Gesine Löttsch, Frankfurter Allee Süd, Frankfurter Allee 144 (Nähe Aldi)
- **31.8., 16 Uhr**
Kaffeetafel mit Gesine Löttsch, MdB, Lisztstraße/ Sangeallee 31

SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdA, WK1**
fon 030 96063 128, 16.8., 15-17 Uhr, Infostand Ernst-Barlach-Str./ Rostocker Str.
- **Sebastian Schlüsselburg, MdA, WK 4**, fon 030 2850 6524, 28.8., 16-18 Uhr, am Infostand, Nähe Ausgang U-Bahnhof Lichtenberg, Siegfriedstr.

Die Lebensmittelretterin

Ich bin Dunja Arafa, Abiturientin (17), und mache ein Praktikum im Bundestagsbüro von Dr. Gesine Löttsch. Mich ärgert, dass in Deutschland so viele Lebensmittel weggeworfen werden. Nach vielen Recherchen trieb es mich dazu, selbst aktiv zu werden und etwas gegen Lebensmittelverschwendung zu tun. Eine Gurke gefällt dem Auge nicht wegen einer komischen Krümmung oder eines Flecks – ab in die Mülltüte. Ein Brot vom Vortag ist etwas härter geworden und nicht mehr frisch, warm und weich – in die Mülltüte.

Genau das wollen Initiativen wie „foodsharing“ verhindern. Ich stieß im Internet auf „foodsharing“. Zu Anfang registrierte ich mich als einfaches Mitglied, in dem ich mein eigenes Essen verteilt habe, das ich nicht mehr bis zum Verfallsdatum verbrauchen konnte. Anschließend wurde ich durch einen Fragetest zum Thema Lebensmittel auf der Online-Plattform zur „Foodsaverin“. Nun hole ich Lebensmittel aus teilnehmenden Geschäften ab, die am Ende des Tages nicht mehr benötigt werden, und verteile diese an Bedürftige, Freunde, Familie oder behalte manches auch für mich. Der schönste Moment daran ist die Abgabe der Lebensmittel an ärmere Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind und mich mit dankbaren Augen anschauen. Allein in Lichtenberg wurden



schon rund 59.961 kg Lebensmittel, bei 4 764 Einsätzen gerettet. Der erste Schritt, etwas gegen Lebensmittelverschwendung zu tun, ist leicht – neben sozialem Engagement braucht es nur einen Internetzugang. DUNJA ARAFA

Dunja Arafa wird mit Lebensmitteln, die eigentlich entsorgt werden sollen, am 3. September, zum Weltfriedenstag, auf dem Anton-Saefkow-Platz, ein Buffet präsentieren.

Wohlfühloase in der Großstadt



Grünes Paradies in der Stadt - der Park zwischen Obersee und Orankesee.

Mit viel Fleiß und Herzblut engagiert sich der Förderverein Obersee & Orankesee bereits seit 2005 für dieses Stückchen Grün rund um die wunderschön angelegten Parks zwischen beiden Seen. Wann sind Sie zum letzten Mal dort spazieren gegangen? Mitten in der sonst so hektischen und lauten Großstadt finden Sie hier idyllische Ruhe, Plätze zum Verweilen und naturbelassene Wege. Ein wunderbarer Anlaufpunkt für Groß und Klein,

der für jeden etwas zu bieten hat.

Der Förderverein macht es möglich: Er kümmert sich um Natur, Landschaftspflege, Gewässer- und Umweltschutz. Er engagiert sich aber auch für eine enge Kooperation mit dem Strandbad Orankesee, für Kunst, Kultur und für gute Nachbarschaft im Kiez.

„Ein Park für alle“ heißt die Zielstellung, und dafür wurde und wird viel getan. Es gibt regelmäßige Putzaktio-

nen im Frühjahr und Herbst, um alles ordentlich und sauber zu halten. Ein spezieller Hundeauslaufplatz wurde für die Tierfreunde geschaffen, auch für eine gepflegte ganzjährige Gastronomie ist gesorgt mit den erst neu errichteten Orankesee-Terrassen mit Biergarten. (www.obersee-orankesee.de)

Viele Veranstaltungen haben hier bereits Tradition: So finden mehrmals jährlich im Wasserturm am Obersee Vorträge zu interessanten Themen statt. Auch alle Jahre wieder gibt es am Orankesee das schon traditionelle Seenfest, dieses Jahr am 2. September – ein Familienfest mit Live-Musik, Tanz, Akrobatik, großem Kinderfest und vielem mehr. Ebenso regelmäßig lockt der Krimisommer in die Bar am Wasserturm: am 9. Und 30. August gibt Dr. Gesine Löttsch, MdB, Tipps für eine spannende Urlaubslektüre.

Ein Ausflug in diese einladende Gegend zwischen Mies van der Rohe Haus und Konrad-Wolf-Straße lohnt sich also. Vielleicht am nächsten Wochenende? **ANDREA SCHACHT**

Fotorätsel



Die Geschäftsstelle der LINKEN in der Alfred-Kowalke-Straße 14, hat wie folgt geöffnet:

- montags 10 -16 Uhr
- dienstags 13 -17 Uhr
- donnerstags 13 -19 Uhr

Außerhalb dieser Zeiten sind wir in der Regel nur nach telefonischer Vereinbarung erreichbar.

Geschäftsstellenleiterin:

- Marina Richter-Kastschajewa
- **Telefon: 030/512 20 47**
- info@die-linke-lichtenberg.de

„info links“ wird herausgegeben von:

DIE LINKE - Landesvorstand Berlin
Redaktionsadresse:
 Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
 Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin
Fon: (030) 512 20 47
Fax: (030) 516 592 42

Mail: info@die-linke-lichtenberg.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

V.i.S.d.P.: Gesine Löttsch

Redaktionsschluss:

Ausgabe August: 26. Juli
 Die nächste Ausgabe erscheint am Donnerstag, 31. August 2017

Druck:

BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH
Gestaltung: Uta Tietze

Die „info links“ wird durch Spenden finanziert.

Spendenkonto:

DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg
 IBAN: DE 59 10 0708 4805 2560 7803
 BIC: DE UT DE DB 110

Bitte immer Verwendungszweck angeben:

810-503, info links, Ihr Name, Vorname

KIEZ / FAMILIEN

- **Sonnabend, 2.9., ab 14 Uhr**
 Familienfest am Orankesee, „Das Seenfest 2017“ mit Live-Musik, Chorsingen, Akrobatik; Chamäleon-Theater, Kinderfest

FERIENTIPPS

- **Dienstag, 15.8. bis Donnerstag, 17.8.**
 Rap-Workshop, JFE Mikado, Wartiner Straße 75/77, **Info:** bei Caro, Tel. 786 459 276
- **Freitag, 18.8.**
 Trialog-Fest-Reclaim the Game musikalisch-kreative Angebote, JFE Trialog, Ahrenshooper Str. 7
Info: Tel. 920 62 16
- **Mittwoch bis Freitag 30.8. bis 1.9.**
 Raus auf die Wiese - Lesen im Park, gemeinsam mit dem Verein LesArt laden 4 Lichtenberger Bibliotheken Hortkinder ein,
Info: die jeweilige Bibliothek

FÜHRUNGEN

- **Sonntag, 6.8., 11.30 Uhr**
 Mies verstehen, Führung durch Landhaus Lemke und Garten Ludwig Mies van der Rohe, Eintritt 5 Euro (bis 16 Jahre frei), Mies van der Rohe Haus, Oberseestr. 60
- **Sonnabend, 19.8., 18 + 22 Uhr**
 Lange Nacht der Museen, Doppeldeckerbus vom Kulturforum Mitte zum Museum Lichtenberg, Türschmidtstraße 24
- **Sonntag, 27.8., 14 Uhr**
 Friedrichsfelder Friedhofsspaziergänge mit Prof. Jürgen Hofmann und Klaus Schäling: Frauen und Männer der Gewerkschaften, Zfh. Friedrichsfelde, Gudrunstraße 20
 Unkostenbeitrag: 4, erm. 2 Euro

KONZERT

- **bis 24.8. donnerstags 20 Uhr**
 Orgelsommer, Evangelische Paul Gerhardt Kirchengemeinde, Am Tierpark 28

AUSSTELLUNGEN

- **bis Sonntag, 3.9.**
 Geschichte des Flughafens Karlshorst, Fotoausstellung des Kulturring e. V. Berlin, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Mo-Sa 11-19 Uhr, So 14-18 Uhr
- **Freitag, 11.8., 19 Uhr**
 „Die Ermordung der Juden in Rostov am Don“, Deutsch-Russisches Museum Karlshorst, Zwieseler Straße 4